

standpunkt

Studiengebühren

Für moderne Hochschulen

Eines der wesentlichsten Qualitätsmerkmale eines Bildungssystems ist seine soziale Ausgestaltung. Würde in den 60er Jahren mit der „Mobilisierung der Bildungsreserven“ die ökonomische Bedeutung von Ausbildung und Bildung erkannt und durch die Sozialdemokratie um die Gerechtigkeitskomponente erweitert, so gelten heute beide Aspekte mehr denn je zuvor. Bildung als neue soziale Frage fehlt in keinem sozialdemokratischen Programmdokument, gleich welcher Couleur die AutorInnen sind. Und zahllose Studien belegen den Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlicher Prosperität und Bildungsinvestition.

Als aktuelles Beispiel sei hier nur die OECD-Studie erwähnt, welche Deutschland in wenigen Jahren einen bedrohlichen Akademikermangel prognostiziert.

■ Sind wir bereit?

Das deutsche Bildungssystem ist auch 30 Jahre nach der ersten Bildungsreform noch eines der sozial selektivsten.

Die PISA-Studie zeigte: in kaum einem anderen hochentwickelten Land entscheidet die soziale Herkunft und der finanzielle Spielraum der Eltern in so hohem Maße über den Bildungsweg junger Menschen. Und dies schon in einem sehr frühen Stadium des Bildungswegs. Schon in der Schule findet Ausdifferenzierung statt. Bis zum

Hochschulbereich hat sich diese dann schon so weit fortgesetzt, dass zwar 72 Prozent der Kinder aus hoher sozialer Herkunft eine Hochschule besuchen, jedoch nur 8 Prozent der Kinder aus einkommensschwachen Haushalten.

Schon ohne weitere Barrieren wie etwa Studiengebühren besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Familieneinkommen und dem Bildungsweg der Kinder. Im Vergleich zu einer Berufsausbildung ist ein längerer Schulbesuch und ein Studium für die Familie teurer, da die Kinder erst später finanziell auf eigenen Füßen stehen. Weiterer Schulbesuch oder gar ein Studium bedeuten zusätzliches Risiko, das gerade einkommensschwache Familien selten eingehen.

■ Herz und Verstand vereint

In der Bedeutung von Bildung finden die verschiedenen programmatischen Strömungen unserer Partei zusammen: Bildung entscheidet in immer größerem Maße über die Zukunft des und der Einzelnen. Die Anforderungen an die zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen stetig.

Ein guter qualifizierter Hauptschulabschluss ist heute kein Garant mehr für einen Ausbildungsplatz. Bildung ist jedoch mehr als Ausbildung. Sie ist für unsere individuelle Zukunft von Bedeutung. In einer

Fortsetzung auf Seite 4

Themen dieser Ausgabe

Studiengebühren...

... Argumente gegen das Bezahlstudium
-> *Seiten 2-3*

Für moderne Hochschulen

Das wichtige tun!
-> *Seite 1 und 4*

Wer wir sind!

Die Juso-Hochschulgruppen sind bundesweit aktiv.
-> *Seite 1 und 4*

Wer wir sind!

Die Juso-Hochschulgruppen sind der Studierendenverband der Jusos und der SPD. Bundesweit gibt es mehr als 70 aktive Gruppen, die in den örtlichen Studierendenvertretungen mitarbeiten, in der Sozialberatung aktiv sind oder die Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung vertreten. Mit dem Anspruch die SPD zu bewegen, machen wir uns nicht nur für bildungs-, sozial- und wissenschaftspolitische Verbesserungen stark, sondern entwickeln auch in vielen anderen politischen Fragen eigene Positionen. Bei vielen bildungspolitischen Organisationen sind die Juso-Hochschulgruppen als kompetente Gesprächspartner und Sachverständige geschätzt. Nicht zuletzt verschaffen wir den Studierenden mit Aktionen und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit Gehör und tragen unsere Positionen in die politische Debatte.

■ Organisation

Wir, die Juso-Hochschulgruppen, sind für alle offen, die

Fortsetzung auf Seite 4

Für eine moderne Hochschulpolitik - Argumente gegen Studiengebühren

Die Diskussion um Studiengebühren ist so alt wie die Hochschulen selbst. Ebenso wird in der SPD über die Gebührenfrage gestritten seit den Anfängen unserer Partei. Während in 140 Jahren die Beschlusslage sich immer eindeutig gegen Hochschulgebühren wandte, mehren sich nun die Stimmen, die Studiengebühren fordern oder sie sogar als sozial gerecht ansehen. Im folgenden wollen wir auf die gängigsten Argumente, die für die Einführung von Studiengebühren genannt werden, in aller Kürze eingehen.

■ These: Gerade Studiengebühren sind sozial gerecht. Ohne Studiengebühren bezahlt die Krankenschwester das Studium des reichen Arztsohns.

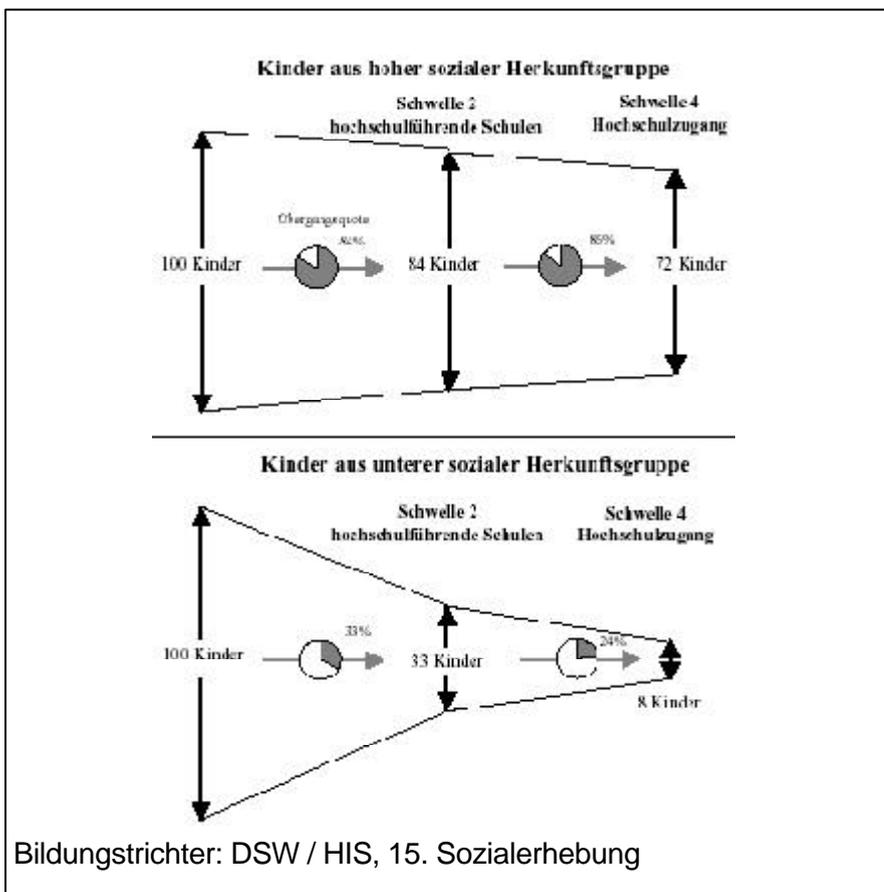
Falsch! In letzter Konsequenz würde die schrittweise Privatisierung von zuvor öffentlich finanzierten Bildungskosten auch noch das Minimum an realisierter Bildungsgerechtigkeit beseitigen.

Die Ungleichheit von Finanzierung und Nutzung öffentlicher steuerfinanzierter Investitionen gilt für so ziemlich alle Bereiche: vom Opernhaus bis zum die staatlichen Forschungssubventionen der Firma Siemens. Die Nutzung derartiger Investitionen erfolgt nicht sozial gestaffelt entsprechend dem Steueranteil, der in ihre Finanzierung eingegangen ist, sondern entsprechend individueller Kaufkraft.

Nach allen Erfahrungen hängt der Grad an *relativer* Chancengleichheit im Zugang zu Bildung, Berufen und Einkommen direkt proportional vom Umfang öffentlicher (steuer-

finanzierter) Investitionen in Bildung und Beschäftigung ab. Natürlich profitieren die ärmeren Familien weniger von der Bildungssubvention, als ihrem Steueranteil entspricht, insofern findet in der Tat eine Umverteilung von unten nach oben statt, nur: ohne Bildungssubventionen stünden diese Haushalte zwangsläufig noch schlechter da. Daher ist es politisch ein echter Bumerang - oder, je nach Blickwinkel, ein bodenloser Zynismus -, die Einführung von Studiengebühren mit den ge-ringeren Studienchancen unterer und mittlerer Einkommensgruppen zu begründen.

■ These: Die Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Dies wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Der einzige Ausweg besteht in Studiengebühren.



Falsch! Studiengebühren sind kein Ausweg aus der finanziellen Misere der Hochschulen. Nicht nur in Deutschland, sondern sogar im globalen Maßstab gibt es kein Beispiel dafür, dass in einem überwiegend steuerfinanzierten Hochschulsystem Studiengebühren tatsächlich bei den Hochschulen verbleiben. Die schon jetzt in einigen Bundesländern erhobenen Langzeitgebühren erreichten in keinem einzigen Fall die Hochschulen, vielmehr wurde deren Etat in allen Fällen sogar noch gekürzt.

Gleiches gilt für das „Musterland“ Australien. Dort kamen entgegen aller Versprechen die Gebühren keineswegs den Hochschulen zugute – deren Etat sank stattdessen innerhalb weniger Jahre um über 25 Prozent. Wer sich vorstellen kann, dass Studiengebühren vor verzweifelten Finanzministern sicher wären, ist schlecht informiert – oder täuscht bewusst.

Fortsetzung auf Seite 2

■ These: Wenn Studiengebühren „nachlaufend“ bezahlt werden, können sie nicht sozial ungerecht sein.

Falsch! Natürlich sollen gut-verdienende AkademikerInnen ausreichend Steuern zahlen und damit das Bildungssystem finanzieren. Vermögen und Einkommen verpflichten jedoch unabhängig vom Ausbildungsabschluss. Es ist nicht einzusehen, weshalb Gutverdiener, die keine Hochschule besucht haben, sich nicht genauso an den Kosten der Ausbildung kommender Generationen – die irgendwann wieder ihre Renten finanzieren werden - beteiligen sollen. Dies geschieht durch die progressive Lohnsteuer.

Eine zusätzliche Akademikersteuer ist daher überflüssig und fiskalischer Unsinn. Sinnvoller wäre eine Nichtabsenkung des Spitzensteuersatzes.

■ These: Es ist möglich, Studiengebühren sozial verträglich auszugestalten, so dass sie den Zugang zur Hochschule nicht einschränken würden.

Falsch! Bisher konnte weder empirisch noch theoretisch nachgewiesen werden, dass sozialverträgliche Studiengebühren möglich sind.



Die entsprechenden Modelle, die solches behaupten, laufen lediglich auf eine strukturelle Individualisierung der Chancenungleichheit hinaus.

Zumeist wollen GebührenbefürworterInnen die Sozialverträglichkeit mit günstig ausgestalteten Krediten gewährleisten. Im Gegensatz zu den USA, wo es normal ist, sich für die Hochschulbildung Schulden aufzuladen, herrscht in Deutschland große Skepsis gegenüber einer Verschuldung, gerade in sozial schwächeren Schichten. Dies zeigen nicht nur alle einschlägigen Untersuchungen, sondern auch die Erfahrungen mit dem neu eingeführten Bildungskredit, der kaum Nachfrage findet.

■ These: Studiengebühren würden die Position von Studierenden innerhalb der Hochschulen stärken.

Falsch! Schon jetzt werden die DozentInnen aus Steuergeldern bezahlt. Es ist nicht einzusehen, weshalb nicht schon jetzt ausreichend Qualität eingefordert werden könnte. Modelle dafür gibt es zuhauf. Erste Schritte hat die Bundesregierung schon ergriffen. Damit werden die angestrebten Vorteile von Studiengebühren auf anderen Wege er-

reicht, während gleichzeitig die negativen Auswirkungen von Gebühren.

■ These: Studienkonten sind ein Weg, die Studiengebührenfreiheit zu sichern und sichern ein Studium ohne finanzielle Barrieren.

Falsch! Genau das Gegenteil ist der Fall. Auch Studienkonten sind nur eine Spielart von Langzeitgebühren und eröffnen einen einfachen Weg, allgemeine Gebühren einzuführen, indem etwa das Konto entsprechend beschränkt oder von Anfang an kostenpflichtig gestaltet wird. Die bisherige Ausgestaltung von Studienkontenmodellen, etwa in NRW, zeigt dies sehr deutlich. In der Praxis unterscheiden sie sich kaum von anderen Langzeitgebühren. Selbstverständlich muss darauf hingewirkt werden, dass Studierende in angemessener Zeit zum Studienabschluss gelangen, vor allem in ihrem eigenen Interesse. Das Motto „fördern statt strafen“ ist hier jedoch zielführender und gerechter - dies bedeutet Hilfestellung etwa durch einen Ausbau der Studienberatung, anstatt einen Teil der Studierenden, die die Gebühren nicht bezahlen können, zum Studienabbruch zu bringen.

Fortsetzung von Seite 1

an einer zukunfts-gewandten und emanzipatorischen Politik an den Hochschulen interessiert sind. Egal ob mit oder ohne SPD-Parteibuch. Basis und Schwerpunkt der Juso-Hochschulgruppen ist die örtliche Hochschulgruppe und die Arbeit in den Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung.

Da die Entscheidungshoheit über Bildung in weiten Teilen bei den Ländern liegt, treffen sich die Juso-Hochschulgruppen mehrfach im Semester auf Landesebene zu Landestreffen, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte abzusprechen. Auf Bundesebene findet einmal pro Semester ein Bundeskoordinierungstreffen (BKT) statt, die Bundesversammlung der Juso-Hochschulgruppen, um den Rahmen für die politischen Zielsetzungen und Aktivitäten abzustecken. Außerdem werden auf diesen Treffen der Bundesvorstand und der/die BundesgeschäftsführerIn gewählt.

Der/die BundesgeschäftsführerIn sowie der BuVo (5-9 Personen) koordinieren die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen. Zu ihrer Arbeit gehört die Vertretung der Juso-Hochschulgruppen gegenüber der Öffentlichkeit sowie in den Gremien der SPD und der Jusos.

Außerdem trägt der Vorstand auch die Verantwortung für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene. Regelmäßig werden thematische Arbeitskreise und Seminare (Hochschulpolitik, Rechtsextremismus, Rhetorik, Verbandsarbeit...) organisiert, die allen Gruppen offen stehen.

■ INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Mehr Chancengleichheit im Bildungssystem!

Dazu gehört für uns ein Verbot von Studiengebühren in jeglicher Form – also auch von Studienkonten und Bildungsgutscheinen. Darüber hinaus geht es uns um die Gleichstellung von Mann und Frau und um ein elternunabhängiges BAföG.

Mehr Demokratie wagen!

Diese Forderung muss auch an den Hochschulen gelten. Daher unterstützen wir die bereits beschlossene bundesweite verpflichtende Einführung der Verfassten Studierendenschaft, die Studierenden mehr Einfluss an den Hochschulen gewährleistet.

Auf dieses Ziel haben wir gemeinsam mit BündnispartnerInnen lange hingearbeitet.

Für eine qualitative Studienreform!

Wir halten Studienreform-bewegungen, die sich vor allem an den Bedürfnissen des Marktes und der Wirtschaft orientieren, für problematisch.

Dennoch muss sich das Studium verändern: Eine Öffnung der Hochschulen, die Integration von Weiterbildung, eine internationale Zusammenarbeit etc. sind gut und richtig. Die Frage ist also nicht Studienreform: ja oder nein, sondern wie. Eine qualitative Studienreform wollen wir mitgestalten!

www.jusohochschulgruppen.de

Fortsetzung von Seite 1

immer komplexer werdenden Welt befähigt eine gute Bildung zu Orientierung und selbständiger Lebensgestaltung. Bildung soll zu selbstständiger, verantwortlicher Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft befähigen. Bildung ist Menschenrecht und keine Ware.

■ Das Wichtige tun

Wer diese Bedeutung von Bildung erkannt hat, muss daran jedoch auch seine Politik ausrichten. Erste Schritte hat die Bundesregierung getätigt – die Ausweitung des Etats für Bildung und Forschung im Laufe der ersten rot-grünen Legislaturperiode war ein großer Erfolg und

ein wichtiges Signal. Die nun drohenden Einsparungen im Rahmen des Sparkurses der Regierung würden diese Errungenschaften zunichte machen. Auch in Zeiten leerer Kassen gilt: es müssen Prioritäten gesetzt werden. Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Diese dürfen wir uns nicht sparen.



Herausgeber: Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen

Willy-Brandt-Haus

10911 Berlin

V.i.S.d.P. Daniel Schüle

www.juso-hochschulgruppen.de

juso-hsg@spd.de

